



Zahlen und Fakten zur deutschen Entwicklungspolitik 1998-2009

a) Mehr Mittel für die Entwicklungsfinanzierung

- **ODA-Quote:** 1998 bei 0,26 %, 2009 voraussichtlich 0,41 % des BNE.
- **Deutschland** war **2008**, wie auch schon **2007**, **weltweit zweitgrößter Geber** in der **Entwicklungszusammenarbeit** – nach den USA und vor Großbritannien, Frankreich und Japan.
- BMZ setzt sich für **innovative Finanzierungsinstrumente** in der Entwicklungspolitik ein: Seit Anfang 2008 werden Einnahmen aus dem Handel mit Emissionsrechten in Maßnahmen für den Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und verbesserte Energieversorgung in Entwicklungsländern investiert. (2008: 122 Mio. Euro; 2009: 233 Mio. Euro).
- **Entschuldung:** Beim G8-Gipfel 1999 in Köln initiierte die Bundesregierung die Entschuldung von hochverschuldeten, armen Entwicklungsländern. Insgesamt wurden bisher **115 Mrd. US\$** erlassen. Der **deutsche Beitrag** wird bis zu **7,1 Milliarden** Euro betragen. Bis 2008 wurden davon bereits rund 4,7 Milliarden Euro erlassen. 24 Länder haben bislang volle Entschuldung erhalten. Nach Abschluss der Initiative werden fast alle hochverschuldeten, armen Entwicklungsländer gegenüber Deutschland schuldenfrei sein.
- Unterstützung für **Public Private Partnerships:** Seit 1999 wurden über 3000 öffentlich-private Partnerschaften finanziert (Gesamtvolumen 18,6 Mrd. Euro – öffentlicher Anteil 5,8 Mrd. Euro), davon ein gutes Viertel in Subsahara-Afrika.

- **Mikrofinanzinstitutionen:** Deutschland gehört zu den weltweit führenden Gebern. BMZ setzt pro Jahr circa 130 Millionen Euro ein und unterstützt Mikrofinanzprogramme in 63 Ländern. Die deutsche Förderung von Mikrokrediten erreicht rund 50 Mio. Menschen.

b) Mehr Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft

- **weltwärts:** Seit Anfang 2008 sind über 2.500 junge Freiwillige in 71 Entwicklungsländer ausgereist, 3.724 Entsendeplätze stehen zur Verfügung, über 200 Trägerorganisationen sind bereits anerkannt. Haushaltsmittel BMZ für weltwärts: 2008 25 Mio. Euro, 2009 30 Mio. Euro.
- **Ziviler Friedensdienst:** Seit 1999 Erfolgsmodell staatlicher und nichtstaatlicher Träger der Entwicklungs- und Friedensarbeit, über 530 Friedensfachkräfte entsandt, zur Zeit sind 185 Entsandte in mehr als 40 Ländern im Einsatz. Haushaltsmittel 2008 19 Mio. Euro, 2009 30 Mio. Euro.
- **Mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit durch private Träger:** 1998 knapp 17 Mio. Euro, 2009 weit mehr als doppelt so viel: 38 Mio. Euro.
- **Mehr Nothilfe über private Träger:** 1998 rund 17 Mio. Euro, 2009 doppelt so viel: über 34 Mio. Euro.
- **Entwicklungspolitische Bildungsarbeit:** Steigerung von 2 Mio. Euro 1998 auf 15 Mio. Euro im Jahr 2009.
- **Kirchen:** 1998 144 Mio. Euro, 2009 192 Mio. Euro.
- Hinzu kommen gestiegene Mittel für **politische Stiftungen, Sozialstrukturträger und Beratungsmaßnahmen für die Wirtschaft.**
- **Mittel für Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen insgesamt:** 1998 rund 391 Mio. Euro, 2009 rund 639 Mio. Euro.

c) Reformen für größere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

- Länderkonzentration: Bilaterale staatliche Zusammenarbeit von rund 120 Partnerländern 1998 auf nunmehr **58 Partnerländer** im Jahr 2009 konzentriert.
- Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss: **42 deutsche Häuser**, in denen die Durchführungsorganisationen gemeinsam die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vertreten.

d) Fortschritte für die Millenniumsentwicklungsziele

- **Menschen in extremer Armut:** Anteil der Menschen in extremer Armut weltweit gesunken von über 30 Prozent (1990) auf 19,2 Prozent (2007).
- **Ernährungssicherung:** Deutschland investiert seit 2008 jährlich **600 Mio. Euro** in Ernährungssicherung.
- **Soziale Sicherungssysteme:** BMZ engagiert sich in rund 30 Ländern, voraussichtlich werden 2009 deutlich über 70 Mio. Euro hierfür aufgewendet.
- **Bildung** in Entwicklungsländern: Einschulungsrate auf 88 Prozent (2007) gestiegen.
 - Bildung ist Schwerpunkt der deutschen bilateralen Zusammenarbeit: Jährliche Mittel hierfür auf **122 Mio. Euro** 2008 und 2009 erhöht
 - **Einschulung in Afrika:** Gegenüber 1999 gehen heute 29 Millionen Kinder mehr zur Schule – auch dank der Entschuldungsinitiativen.
 - **Beispiel Mosambik:** Bildung gehört zu den Schwerpunkten der deutschen Zusammenarbeit, Einschulungsrate stieg von 43 Prozent im Jahr 1997 auf heute 76 Prozent.
 - **Beispiel Afghanistan:** Deutschland hat Führungsrolle bei Konzeption der landesweiten Lehrerinnen- und Lehrerausbildung übernommen. Insbesondere Errichtung von Mädchenschulen, Förderung von Lehrerinnen und Verbesserung der Berufsschulbildung werden unterstützt. Mehr als 500.000 Kinder und 10.000 Lehrkräfte haben bereits hiervon profitiert.

- Die 2002 von den G8-Staaten und der Weltbank ins Leben gerufene die „**Education for All – Fast Track Initiative**“ soll Grundschulausbildung von guter Qualität für alle Kinder möglich machen. Sie wird mittlerweile von 37 Partnerländern sowie 33 Geberländern und Institutionen unterstützt.
- **HIV/AIDS-Bekämpfung:** Durch „Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/ AIDS, Tuberkulose und Malaria“ (GFATM) **drei Millionen Menschenleben gerettet; Behandlungskosten** für AIDS-Kranke in Entwicklungsländern sind seit 2001 um **bis zu 90 % gesunken**. Deutschland gehört weltweit zu den großen Gebern in der HIV/AIDS-Bekämpfung und hat in den letzten Jahren die Mittel zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria kontinuierlich erhöht. In diesem und in den kommenden Jahren stellt das BMZ **500 Millionen Euro pro Jahr** hierfür bereit, **bis zum Jahr 2015 sind 4 Milliarden Euro** vorgesehen.
- **debt2health Initiative:** Deutschland Vorreiter, Schuldenerlasse werden mit Maßnahmen im Gesundheitssektor verknüpft. Zum Beispiel Indonesien: 52 Millionen Euro Schulden wurden erlassen, im Gegenzug hat Indonesien die Hälfte dieser Summe in den Gesundheitssektor investiert und in den Globalen Fonds einbezahlt.
- **Frauenrechte:**
 - Der **Gender-Aktionsplan 2009-2013 des BMZ** verknüpft Menschenrechte mit Gleichberechtigung.
 - Bundesministerin Wieczorek-Zeul hat 2006 die Schirmfrauschaft für den **Gender-Aktionsplan** der Weltbankgruppe übernommen. Der Aktionsplan hat das Ziel, die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Wirtschaft zu fördern.
 - **Gewalt gegen Frauen: 2007:** EU-Entwicklungsminister/innen fordern Prävention und strafrechtlichen Verfolgung von Gewaltverbrechen gegen Frauen; erste Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof; **2008:** Resolution Nr. 1820 des VN-Sicherheitsrates zu sexueller Gewalt gegen Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten: Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt gegen Frauen werden zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt.

- Kampf gegen weibliche **Genitalverstümmelung**: Auf Initiative des BMZ beteiligt sich Bundesregierung seit 1999 mit rund 10 Millionen Euro am internationalen Kampf gegen Genitalverstümmelung, in 17 afrikanischen Staaten ist weibliche Genitalverstümmelung mittlerweile durch nationale Gesetze unter Strafe gestellt. 2005 haben sich im Benin in einer Zeremonie alle Bevölkerungsgruppen gegen Genitalverstümmelung ausgesprochen – seitdem ist eine derartige Verstümmelung im Benin nicht mehr vorgenommen worden.
- **Trinkwasser**: Anteil von Menschen mit Zugang zu sauberem Trinkwasser ist weltweit **von 70 Prozent im Jahr 1990 auf 83 Prozent im Jahr 2007** gestiegen. Weltweit ist Deutschland einer der drei größten bilateralen Geber im Wassersektor. Die Bundesrepublik unterstützt mit durchschnittlich **350 Millionen Euro im Jahr** Programme und Projekte hierzu. Sie arbeitet dabei gegenwärtig mit etwa 30 Partnerländern zusammen. Durch die Verbesserung ihrer Wasser- und Sanitärversorgung profitieren allein von der deutschen finanziellen Zusammenarbeit weltweit 70 Millionen Menschen. In den vergangenen Jahren ist der größte Teil der Mittel, etwa 40 Prozent, in Afrika eingesetzt worden; rund 29 Prozent flossen nach Asien.
- **Ausbau Erneuerbarer Energien**: Bundesregierung hat allein 2009 mehr als eine Milliarde Euro für Erneuerbare und für Energieeffizienz in unseren Partnerländern mobilisiert.
 - Bundesregierung hat Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien **IRENA** vorangetrieben: soll Zugang von fast zwei Milliarden armen Menschen zu moderner Energieversorgung verbessern.
- **Biodiversität**: Deren Schutz wird mit 185 Programmen und Projekten in den Partnerländern gefördert. Für bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit: Mittel auf 165 Millionen Euro jährlich erhöht.
- **Gute Regierungsführung**: Schwerpunkt mit 33 Partnerländern, bilaterale Mittel auf 220 Mio. Euro jährlich erhöht.
- **Korruptionsbekämpfung**: Die Bundesregierung unterstützt eine Vielzahl von Anti-Korruptionsinitiativen, allein 200 Projekte zur Reform des öffentlichen Sek-

tors in Entwicklungsländern – Verwaltungs- und Justizreformen, Finanzwesen, Rechnungshöfe, Steuer- und Zollverwaltung. Außerdem Unterstützung der Extractive Industries Transparency Initiative (**EITI**), die sich dafür einsetzt, dass die Bevölkerung rohstoffreicher Länder von den Einkünften aus der Gewinnung der Ressourcen profitiert.